

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name	Verbandsgemeinde Otterbach-Otterberg		
Straße	Hauptstr. 27		
PLZ, Ort	67697 Otterberg		
Telefon	0 63 01/60 7-11 4	Fax	
E-Mail	vergabe@otterbach-otterberg.de	Internet	www.otterbach-otterberg.de

b) Vergabeverfahren Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer	26-03-09-1200
---------------	----------------------

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

Zugelassene Angebotsabgabe

- elektronisch
 - in Textform
 - mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel
 - mit qualifizierter/m Signatur/Siegel
- schriftlich

d) Art des Auftrags

- Ausführung von Bauleistungen
- Planung und Ausführung von Bauleistungen
- Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung

Hochstraße , 67700 Niederkirchen
OT Morbach

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen

Wasserleitungsbau, Kanalbau, Straßenbau

Wasserleitungsbau:

- ca. 270 m Druckrohre GGG DN 100
- ca. 22 St Hausanschlüsse
- ca. 500 m³ Grabenaushub für Rohrleitungen

Kanalbau:

- ca. 7 m MW-Kanal DN 300 aus Stahlbeton
- ca. 31 St. Hausanschlüsse MW erneuern inkl. Leitung DN/OD 160 aus PVC-U
- ca. 10 St. Anschlusstutzen für Straßenabläufe
- ca. 25 m³ Grabenaushub für Hauptkanäle
- ca. 35 m² Grabenverbau für Hauptkanäle
- ca. 250 m³ Grabenaushub für Anschlusskanäle
- ca. 420 m² Grabenverbau für Anschlusskanäle

Straßenbau:

- ca. 1.960 m² Oberflächenbefestigungen ausbauen (Gesamtfläche)
- ca. 875 m³ Erdaushub bis Planum
- ca. 600 m³ Bodenaustausch durchführen
- ca. 795 m Bordsteine setzen
- ca. 260 m Rinnenelemente setzen
- ca. 11 St. Straßenabläufe einbauen
- ca. 135 m³ Frostschutzschicht 0/32 herstellen
- ca. 570 m³ Schottertragschicht 0/32 herstellen
- ca. 1.455 m² Betonsteinpflaster verlegen
- ca. 360 m² Asphalttragschicht (14 cm) herstellen
- ca. 390 m² Asphaltdeckschicht (4 cm) herstellen

Gesamtbauzeit: ca. 36 Bauwochen
(216 AT, inkl. Samstage, ohne Winterpause)

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage

Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang der Lose siehe Buchstabe f)

nein

ja, Angebote sind möglich

nur für ein Los

für ein oder mehrere Lose

nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) Ausführungsfristen

Beginn der Ausführung:

Ende April 2026

Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:

Februar 2027

weitere Fristen

Gesamtbauzeit: ca. 36 Bauwochen

(216 AT, inkl. Samstage, ohne Winterpause)

j) Nebenangebote

zugelassen

nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

nicht zugelassen

k) mehrere Hauptangebote

zugelassen

nicht zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden

elektronisch zur Verfügung gestellt unter:

<https://www.subreport.de/E46258619>

nicht elektronisch zur Verfügung gestellt. Sie können angefordert werden bei:

Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:

Abgabe Verschwiegenheitserklärung

andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

nachgefordert

teilweise nachgefordert und zwar folgende Unterlagen:

nicht nachgefordert

o) Ablauf der Angebotsfrist

am **09.03.2026** um **12:00** Uhr

Ablauf der Bindefrist

am **08.04.2026**

p) Adresse für elektronische Angebote

<https://www.subreport.de/E46258619>

Anschrift für schriftliche Angebote

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: Deutsch

r) Zuschlagskriterien

- siehe Vergabeunterlagen
- nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:
Preis
(Wertungssumme einschl. evtl. Wartungskosten): 100%

s) Eröffnungstermin am **09.03.2026** um **12:00** Uhr

Ort

Die Angebotsöffnung erfolgt elektronisch.

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen

Bieter oder deren Bevollmächtigte sind bei der Öffnung der Angebote nicht zugelassen.

t) geforderte Sicherheiten

Sicherheiten für die Vertragserfüllung über 5 v. H. der Auftragssumme
Sicherheit für Mängelansprüche über 3 v. H. der Auftragssumme einschließlich erteilter Nachträge

u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

Gemäß VOB/B (Details siehe Vergabeunterlagen)

v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften

w) Beurteilung der Eignung

Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

- 1.) Eigenerklärung zum Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen
- 2.) Eigenerklärung über die Ausführung vergleichbarer Leistungen in den letzten fünf Jahren
- 3.) Eigenerklärung über die Bereithaltung der für die Ausführung der Leistung erforderlichen Arbeitskräfte
- 4.) Erklärung des Bieters über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister
- 5.) Eigenerklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation
- 6.) Eigenerklärung des Bieters, dass in seiner Person oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die ihm zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 6e EU VOB/A begründet sind
- 7.) Eigenerklärung des Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist
- 8.) Eigenerklärung des Bieters zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft
- 9.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient

Für die vorgenannten Auskünfte (Eigenerklärungen) sind entsprechende Formblätter den Vergabeunterlagen beigefügt (Formblatt 124, Formblatt 233). Ebenso zugelassen ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als vorläufiger Beleg der Eignung. Eigenerklärungen und Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierung geführt werden, sind zugelassen. Die durch Präqualifizierung geführten Eigenerklärungen und Eignungsnachweise müssen die gestellten auftragsbezogenen Mindestanforderungen nachweisen. Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bieter zum Beleg seiner Eigenerklärungen entsprechende weitere Nachweise vorzulegen, wie:

- drei Referenzen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, mit folgenden Angaben: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges
- Angaben zu Arbeitskräften: Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesinem Leitungspersonal
- Nachweis über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister, Berufskammern der Länder,

Handwerksrolle

- rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan - soweit erforderlich
 - eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes zum Nachweis der steuerlichen Zuverlässigkeit die nicht älter als 13 Monate sein darf
 - gültige Bescheinigungen der zuständigen Krankenkasse, tariflichen Sozialkasse und Berufsgenossenschaft über die vollständige Entrichtung von Beiträgen, die nicht älter als 13 Monate sein dürfen
 - Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.
- Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten (Nachunternehmer, Eignungsleihe) bedienen, sind die Erklärungen nach § 6e EU VOB/A auch vom Dritten vorzulegen.
Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Erklärungen oder Nachweise zur Eignung anzufordern. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" ist erhältlich mit den Ausschreibungsunterlagen

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:

- Zertifizierung DVGW GW 301 die W3 ge, pe, pvc (oder gleichwertig)
- Zertifizierung DVGW GW 129 (oder gleichwertig)
- Nachweis über den Besitz eines Gütezeichens nach RAL GZ 961, AK3

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Kreisverwaltung Kaiserslautern, Lauterstraße 8, 67659 Kaiserslautern

Sonstiges:

- 1.) Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabeplattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabeplattform kommuniziert. Registrierte Bieter werden hierüber automatisch informiert. Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bieters.
- 2.) Der Versand von Informations- und Absageschreiben sowie sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform an die plattformseitig hinterlegten Kontaktdaten des Bieters bzw. an die hinterlegten Kontaktdaten der das Angebot einreichenden Stelle. Im Falle des Angebotes einer Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle grundsätzlich über die Vergabeplattform an die plattformseitig hinterlegten Kontaktdaten des bevollmächtigten Mitglieds der Bietergemeinschaft bzw. an die hinterlegten Kontaktdaten der das Angebot einreichenden Stelle.
- 3.) Sofern sich ausländische Bieter am Wettbewerb beteiligen, haben sie geforderte Nachweise / Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen.
- 4.) Der Auftraggeber wendet die Regelungen des "Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (LTTG)" in der jeweils geltenden Fassung an.
- 5.) Dieses Vergabeverfahren fällt in den Anwendungsbereich der Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch ergabprüfstellen. Bieter müssen erkannte oder erkennbare Verstöße innerhalb der jeweils geltenden Fristen des § 10 Abs. 3 dieser Verordnung gegenüber dem Auftraggeber rügen, anderenfalls können sie vor der Vergabaprüfstelle in der Sache nicht gehört werden. Vergabaprüfstelle, an die der Auftraggeber eventuelle Beanstandungen des Bieters weiterleiten, sofern der Bieter nicht ausdrücklich auf eine Weiterleitung verzichtet hat:
Vergabaprüfstelle beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Stiftstraße 9, 55116 Mainz